

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1947**

16 (17.4.1947)

# VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 16

Mannheim, 17. April 1947

Preis 15 Pfg.

## Ein Jahr Sozialistische Einheitspartei

Vor einem Jahr, am 21. und 22. April 1946, vereinigten sich die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei in der sowjetischen Besatzungszone zur Sozialistischen Einheitspartei.

Die an die Vereinigung geknüpften Hoffnungen und Erwartungen haben sich voll erfüllt. Vertrauensvoll haben sich bereits im ersten Jahre der Vereinigung allein in der sowjetischen Besatzungszone 500 000 Werktätige neu zur Sozialistischen Einheitspartei bekannt, die damit heute 1,7 Millionen Mitglieder umfaßt.

**Die Sozialistische Einheitspartei ist eine starke politische Kraft für die Einheit Deutschlands geworden.**

Sie hat es bereits in einem Jahre vermocht, die demokratische Selbstverwaltung in den Gemeinden, Kreisen und Ländern fortschrittlich zu entwickeln, die Kriegsverbrecher und aktiven Nazis zu enteignen, durch planvolles Wirtschaften den Anschluß an die nächste Ernte zu sichern, ja, für große Teile der Bevölkerung die Ernährung zu verbessern, durch Verhandlungen mit der Besatzungsmacht die Einstellung der Demontagen, die Herabsetzung der Reparationsliefer-

ungen und die Erhöhung der Produktionskapazität zu erreichen.

Auf allen Gebieten des öffentlichen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen



**Die Fahnen der SED müssen in ganz Deutschland wehen**

Lebens ist der Einfluß der Werktätigen in Stadt und Land im Steigen begriffen.

**Das ist der Erfolg der politischen Einheit der Arbeiterbewegung.**

Das leuchtende Beispiel dieser Entwicklung überspringt die in

Deutschland künstlich gezogenen Zonengrenzen. Die Arbeiterschaft streckt sich in allen Zonen und über alle Zonengrenzen hinweg die Hände entgegen zu gemeinsamem Wollen und zu gemeinsamem Werk.

Die Hoffnung und das Sehnen nach der für ganz Deutschland nötigen Einheit hat nunmehr auch in den westlichen Besatzungszonen die Arbeiterschaft auf den Plan gerufen zur Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In Bayern, in Württemberg-Baden, in Hessen, in Hannover und an der Wasserkante, überall sind die Genossen aus der Kommunistischen Partei, aus der Sozialdemokratischen Partei und die heute noch parteilosen Arbeiter in den Betrieben am Werk, die Verschmelzung mit der SED vorzubereiten.

**Die Fahnen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands müssen über ganz Deutschland wehen!**

sie müssen uns überall Symbol für Demokratie, Frieden und Sozialismus sein.

**Ein Ende dem Bruderkampf!**

**Es lebe die Einheit!**

**Es lebe der Sozialismus!**



## Parteitag der KPD Baden

### Programm

der Tagung am 19. und 20. April 1947 in Mannheim im Volkshaus Neckarau Samstag, 19. April Beginn 10 Uhr

1. Eröffnung
2. Wahlen
  - a) Wahlkommission
  - b) Mandatsprüfungskommission
  - c) Redaktionskommission
  - d) Präsidium
3. Referat: „Die politische Lage und die Verschmelzung der SED mit der KPD.“  
Referent: Erich Gniffke vom Zentralvorstand der SED.
4. Politischer Bericht der Landesbezirksleitung (W. Boepple).  
Mittagspause von 13.15 bis 14.30 Uhr
5. Organisationsbericht der Landesbezirksleitung (Jakob Ritter).
6. Diskussion. Ende 17 Uhr.

Sonntag, 20. April Beginn 8.30 Uhr

7. Arbeitstagung der Ausschüsse:
  - a) Politischer Ausschuß
  - b) Organisationsausschuß
  - c) Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährung
  - d) Ausschuß für Arbeit unter den Frauen
  - e) Ausschuß für Arbeit und Soziales
  - f) Ausschuß für Jugendarbeit
  - g) Ausschuß für Werbung, Presse, Schulung, Kultur und Erziehung
 Die Ausschüsse tagen im Volkshaus Neckarau und im Lokal Engel in Neckarau.  
Mittagspause von 11.30 bis 13.00 Uhr.
8. Bericht der Ausschüsse
9. Anträge und Abstimmungen
10. Vorstandswahlen
11. Schlußwort  
Erich Gniffke u. Willi Grimm.

## Kulturveranstaltungen

anlässlich des Parteitages am 19. April

- a) Nationaltheater Mannheim: Aufführung „Der Morgen“ von Arnold Schwab. — 18.30 Uhr.
- b) Saalbau-Theater (Trunzer), Mannheim-Waldhof, Anfang 21 Uhr: Politisches Kabarett: Das Brennglas
- c) Mannheim-Neckarau, im Volkshaus: Unterhaltungsabend mit Tanz.

handel — Absetzung der Ernährungsdiktatoren Schlange-Schöningen und Dr. Dietrich. Sie verlangen von den Gewerkschaften, daß sie alle zur Verfügung stehenden Mittel anwenden, um eine Aenderung der Verhältnisse zu erzwingen.

## Versprechungen — statt Brot

Ende Dezember 1946 erklärte Landwirtschaftsminister Stöck, daß der Tiefpunkt in der Lebensmittelversorgung überwunden und ein Rückschlag wie im Jahre 1946 nicht zu befürchten sei. Solche und ähnliche Versprechungen hörten wir immer und immer wieder aus „berufenem Munde“. Die Wirklichkeit straft diese Versprechungen Lügen. (Fortsetzung siehe Seite 2).

## Hunger in allen Gassen

### Zusammenbruch der Ernährungswirtschaft

Der durch Planlosigkeit und Mißwirtschaft verursachten Katastrophe im Ruhrgebiet wußte Schlange-Schöningen nur dadurch zu begegnen, daß er 4000 Tonnen Getreide, die für Nordbaden bestimmt waren, nach Westdeutschland umdirigierte. Die aus der 99. Periode noch nicht gelieferten 2750 Gramm Brot können nicht gegeben werden. Für die laufende Periode gibt es nur 6000 Gramm.

Ebenso sah Herr Dr. Dietrich als Verantwortlicher für Ernährung beim Länderrat keinen anderen Ausweg, als 45 000 Tonnen Kartoffeln, die in Bayern für Nordbaden bereitgestellt waren, nach dem Ruhrgebiet zu schicken.

Statt 1550 Kalorien, die von unseren Ernährungsbürokraten als absolut gesichert bezeichnet wurden und statt der versprochenen Erhöhung der Zuteilung auf 1800 Kalorien gibt es nur 850 Kalorien.

1500 g Brot, 50 g Nährmittel, 100 g Teigwaren, 62,5 g Käse, 150 g Fleisch und 600 g Trockenkartoffeln, das ist die Lebensmittelzuteilung für die laufende Woche in Mannheim; damit soll ein Mensch die ganze Woche leben.

In Karlsruhe waren die Oberbürgermeister der badischen Städte und die Gewerkschaftsvertreter, sowie eine Delegation der Mannheimer Benzarbeiter beim Landeswirtschaftsamt. Der Sprecher des Amtes brachte zum Ausdruck, daß die Ernährungspolitik von Schlange-Schöningen nicht mehr tragbar sei. Präsident Keidel er-

klärte, „daß wir in 8 bis 14 Tagen am Ende sind“. Landwirtschaftsministerium und Zweizonenrat sind unfähig und nicht in der Lage, die Ernährungskrise zu meistern. Die Einfuhr von Brotgetreide aus Uebersee sei mangelhaft und nur ein Bruchteil der Versprechungen sei eingehalten worden. Auch die Erfassung der Lebensmittel im eigenen Lande sei ungenügend. Besonders in der britischen Zone, wo nur 74 Prozent des Solls erfüllt wurde, gegenüber 90 Prozent in Württemberg-Baden.

All diese Angaben auf der Karlsruher Besprechung zeigen in erschreckendem Maße, in welche hoffnungslose Lage das deutsche Volk

## Wachsende Empörung der Arbeiter

Die Arbeiterschaft von Nordbaden sieht mit wachsender Empörung die Mißwirtschaft auf dem Ernährungssektor, sie spürt diese an eigenen Leibe.

Die Vertrauensmänner der Motorenwerke Mannheim fordern Kommissionen zur Erfassung der noch vorhandenen Lebensmittel.

Die Vertrauensleute der Lederwerke Freudenberg wenden sich in einer Entschlieung gegen die unhaltbaren Verhältnisse.

In Betriebsrätevollversammlungen in Heidelberg und Mannheim wurde ebenfalls strengste Erfassung aller vorhandenen Lebensmittel gefordert.

durch die Ernährungsbürokratie, die unter verantwortlicher Leitung von Dr. Dietrich und Schlange-Schöningen steht, gebracht wurde.

Die amerikanische Militärregierung ist der Auffassung, daß die eingeführten Lebensmittel, zusammen mit den im Lande selbst erzeugten Produkten ausreichen müsse, um 1550 Kalorien zu garantieren. Falls diese nicht gegeben werden, wurde damit gedroht, daß die Lebensmitteleinführen ganz aufhören würden, weil die Amerikaner befürchten, daß die eingeführten Lebensmittel, genau so wie die in Deutschland erzeugten, auf dem Schwarzen Markt verschwinden.

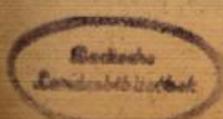
Schlange-Schöningen weiß sich anscheinend keinen anderen Rat gegenüber dem Hunger, als daß er ein Loch aufreißt, um das andere zu stopfen. Er schickt Getreide und Kartoffel in das hungernde Ruhrgebiet und liefert das nordbadische Volk dem Hunger aus.

Die Betriebsräte der Mannheimer Hafenbetriebe verlangen kategorisch den

Rücktritt von Dr. Dietrich und Schlange-Schöningen.

Nachdem es schon in den letzten Wochen bei den Mannheimer Motorenwerken zu spontanen Betriebsstillelegungen gekommen war, legten nun auch in der vergangenen Woche die Arbeiter der städt. Verkehrsbetriebe die Arbeit nieder, um in einer Betriebsversammlung ihren Unmut über die Verhältnisse Ausdruck zu geben. Die Arbeiter fordern Kontrolle der gesamten Ernährungswirtschaft — Einführung der Todesstrafe für Schwarz-

## Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei in ganz Deutschland



### Bopp & Reuther

## So sah es während der Nazizeit aus...

Die unmenschlichen Nazimethoden gegenüber deutschen und ausländischen Menschen sind oder sollten wenigstens durch die vielen Prozesse gegen die Nazihenker in den Konzentrationslagern jedem Deutschen bekannt sein. Weniger bekannt ist, daß nicht nur irgendwo in Buchenwald, Auschwitz oder Sachsenhausen, sondern auch in Mannheim, in den Mannheimer Betrieben, unmenschliche Greuel vorgekommen sind.

Wie es während der Nazizeit und besonders während des Krieges im Betrieb Bopp & Reuther ausgesehen hat, zeigt folgender Bericht eines Arbeiters.

Den Antifaschisten wurde bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit mit Konzentrationslager Kislau gedroht. Alfred Dirkes, SS-Mann, und Karl Fluhr, stellvertretender Ortsgruppenleiter von Sandhofen, taten sich hier besonders hervor. Beide arbeiteten für die Gestapo.

Die Antifaschisten wurden durch einen Herrn Rapp gezwungen, Schulkurse mit Nazistudenten zu besuchen.

Der Betriebsobmann Karl Jünger drohte den Kollegen mit Arbeitslager, wenn sie nicht mehr arbeiten.

Ein SS-Mann, Karl Scheiff, mißhandelte sogar in Gegenwart von Direktor Fröber Arbeiter, die sich gegen die Nazimethoden zur Wehr setzten. Derselbe Scheiff trat auch im Leichter-Prozeß gegen einen Arbeiter als Kronzeuge auf und erreichte, daß gegen jenen die Todesstrafe beantragt wurde.

Dirkes brachte einen Arbeiter in das KZ. Ein Gerhard Zimmermann denunzierte einen Arbeiter, derselbe erhielt 10 Jahre Zuchthaus und ist dort umgekommen.

Gegen Kriegsgefangene und ausländische Arbeiter wurden laufend Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen.

Russische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter erhielten Heringsköpfe als Nachessen.

In der Eisengießerei befand sich ein

Verschlag, in dem Kriegsgefangene mißhandelt wurden. Unter dem Portierhaus in einem Kellerraum wurden tagelang Kriegsgefangene und russische Mädchen ohne Essen und Trinken eingesperrt. Ihr Schreien und Jammern war auf der Straße zu hören.

100 russische Mädchen mußten sich im Bunker nackt ausziehen und wurden von den Unmenschen Gumber, Moosberger und Pelz untersucht und abgespritzt. Sie trieben es so, daß sogar der Werkarzt dagegen einschritt. Karl Jäckle schlug ein russisches Mädchen blutig. Jäckle, Scheiff, Martin und Konsorten mißbrauchten die Mädchen.

Für all diese Vorkommnisse ist die damalige Betriebsleitung, die aus den Herren Dr. Fritz Reuther, Dr.

Dürr, Dir. Fröber, Dir. Karl Jünger, Herrn Rippert, Herrn Rapp, Herrn Jünger und Herrn Brand bestand, verantwortlich. Erstaunlicherweise will diese damalige Geschäftsleitung „nichts gewußt“ haben, während andererseits jede Äußerung eines Kollegen gegen die Verhältnisse im Dritten Reich sofort zur Kenntnis der Geschäftsleitung kam und auch in weiten Kreisen der Mannheimer Bevölkerung Empörung über die Zustände im Reutherbetrieb herrschte.

Es muß erwartet werden, daß die Spruchkammer in diese Verhältnisse im Reutherbetrieb während der Nazizeit gründlich hineinleuchtet und die Schuldigen unnahsichtlich zur Verantwortung zieht.

### Wie sieht es jetzt aus?

Dr. Fritz Reuther und seine Konsorten haben heute mit der Geschäftsleitung nichts mehr zu tun. Dr. Fritz Reuther ist aber noch Mitglied der Firma.

Leider müssen wir bei der heutigen Geschäftsführung den demokratischen Geist sehr vermissen.

Wir waren gezwungen, uns schon bei früherer Gelegenheit mit den Methoden der jetzigen Geschäftsleitung zu befassen. Sie verweigerte den demokratischen Parteien die Benutzung des großen Speise- und Versammlungssaales, desselben Saales, der während der Nazizeit in weitgehendem Maße dazu mißbraucht wurde, das nazistische Gift unter der Arbeiterschaft zu verbreiten. Diesen Saal jetzt für eine Partei zur Verfügung zu stellen, die sich die Aufgabe gestellt hat, das deutsche Volk in demokratischem Sinne zu beeinflussen und zu erziehen, das weigert sich die jetzige Geschäftsleitung.

Vom Mitbestimmungsrecht der Arbeiter will sie natürlich auch nichts wissen, ja, es ist in diesem Betrieb sogar vorgekommen, daß die Arbeiter mit Arbeitsniederlegung drohen mußten, um zu erreichen, daß ihre Betriebsräte gehört und empfangen wurden.

Diese Vorfälle beweisen zur Genüge, wie man immer noch auf dem alten „Herr im Hause“-Standpunkt steht. In dieser Firma müßte sich verschiedenes ändern. Es genügt nicht, wenn an Stelle von Dr. Fritz Reuther, Dr. Dürr usw. ein Herr Schmelzer und Fritz Reuther jr. getreten sind.

Nur wenn das demokratische Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb verwirklicht ist, dann ist die Garantie dafür gegeben, daß nicht nur die Herren in der Betriebsleitung gewechselt haben, sondern auch ein neuer Geist im Betrieb eingezogen ist.

### Deutschlands Einheit Deutschlands Zukunft

#### Großkundgebungen der KPD

In Heidelberg am Freitag, 18. April, abends 19 Uhr, auf dem Wredeplatz, bei Regenwetter in der Turnhalle Klingenteich.

In Karlsruhe am Montag, 21. April, abends 20 Uhr, Markthalle.

In Pforzheim am Dienstag, 22. April, abends 20 Uhr, in der Schuithalle Pforzheim-Brötzingen.

Es spricht:

**Erich W. Gniffke**

vom Zentralsekretariat der SED

### Hunger in allen Gassen

(Fortsetzung von Seite 1).

Jetzt wird durch Minister Stöbß festgestellt, daß unsere Vorräte verbraucht sind und daß man höchstens noch 200 000 Tonnen Mehl für die britische und amerikanische Zone hat, die nur 14 Tage reichen. 120 000 Tonnen sind noch zusätzlich zugesichert. Die Fleisch- und Fettversorgung würde ohne Zufuhren ganz zusammenbrechen.

Die Vereinigung der beiden Zonen sollte eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage bringen. Sie hat aber nur zu einer unerträglichen Verschlechterung der Lebensmittelversorgung in der amerikanischen Zone geführt.

Gibt es denn überhaupt eine Möglichkeit, die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu verbessern oder sind wir nicht auf Gnade und Ungnade von den Siegermächten bzw. von den Lebensmittelimporten abhängig?

Wenn die englischen und amerikanischen maßgeblichen Stellen darauf hinweisen, daß ein großer Teil der in Deutschland erzeugten Lebensmittel auf dem schwarzen Markt verschwinden, dann ist damit eine Ursache unserer katastrophalen Lebensmittellage aufgedeckt.

### Schluß mit der Ernährungs-bürokratie

Die Verhältnisse in der Ostzone zeigen uns, daß bei gerechter Erfassung und gerechter Verteilung und bei Durchführung einer wirklichen Bodenreform es wohl möglich ist, auch bei der beschränkten landwirtschaftlichen Nutzfläche, die uns zur Verfügung steht, dem deutschen Volk ein Mindestmaß von Ernährung zu sichern.

Eine Besserung der Verhältnisse kann nur erreicht werden, wenn dem unheilvollen Wirken der Ernährungs-bürokratie ein Ende gemacht wird. Schlange-Schöningen und Dr. Dietrich und ihr Anhang müssen verschwinden. Aus den Kreisen der Bauern, der Verbraucher und der Gewerkschaften müssen Ernährungsausschüsse gebildet werden, die Ordnung in das Chaos bringen und eine gerechte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel sichern.

**Dr. Dietrich und Schlange-Schöningen müssen verschwinden, wenn das deutsche Volk leben will.**

### Schwere Beschuldigungen gegen Minister Kamm

Der jetzige Befreiungsminister von Württemberg-Baden, Gottlob Kamm, sei „der größte Betrüger, Lügner und Dieb“, erklärte das ehemalige SPD-Mitglied Willi Kern aus Schorndorf in einem an den Landesdirektor der SPD gerichteten Schreiben. Willi Kern wirft dem Minister Kamm jahrelangen Betrug und Diebstahl von Arbeitergroschen vor. Kamm mußte im Jahre 1932, nach einer eingehenden Untersuchung, sein Amt als Ortsvorsitzender der SPD, Gewerkschaftsvorsitzender und Führer der Eisernen Front niederlegen. Die Untersuchung, erklärt Kern, habe ergeben, daß Kamm Gelder der Gewerkschaften, der SPD, der „Freien Volkszeitung“ und der „Schwäbischen Tagwacht“ unterschlagen habe. Trotz der schweren Beschuldigung sind gegen Kamm keine gerichtlichen Schritte eingeleitet worden.



## Zum 1. Mai 1947

fordern wir

### Volles Mitbestimmungsrecht der Werktätigen

Die Arbeiterklasse, die den größten Teil unseres Volkes darstellt, war früher vom Mitbestimmungsrecht in den Betrieben und in der Wirtschaft völlig ausgeschlossen.

Die Arbeiterklasse, die ihre ganze Kraft in den Dienst des wirtschaftlichen Neuaufbaues stellt, muß auch das volle Mitbestimmungsrecht im Betrieb und in der Wirtschaft erhalten.

Daher fordern wir:

Volles Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in Betrieb und Wirtschaft!

Gleichberechtigte Mitwirkung der Betriebsräte in allen Betriebs- und Produktionsfragen!

Kontrolle der Produktion und der Verteilung durch die Gewerkschaften!

Sicherung des Koalitions-, Streik- und Tarifrechts!

Anerkennung der Betriebsräte als gesetzmäßige Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb!

Ausbau des gesetzlichen Arbeitsschutzes! Sicherung des Achtstundentages als gesetzlichen Normalarbeitstag!

### Aus aller Welt

- 340 000 Telefonarbeiter in Amerika streiken um Lohnerhöhung und Verbesserung ihrer Tarifverträge.
- In Chile haben die Kommunisten bei den Gemeindewahlen beträchtliche Stimmengewinne erzielt.
- In Athen sind die Arbeiter der Druckereien in Streik getreten als Protest gegen die Ermordung von drei Druckereiarbeitern durch faschistische Mörder, die in das Gebäude einer kommunistischen Zeitung eingedrungen waren.
- In Paraguay ist ein Teil der Regierungstruppen zu den Aufständischen übergegangen.
- Sozialisten und Kommunisten Frankreichs nehmen Stellung gegen die Diktaturgelüste des Generals de Gaulle.
- Ein Streik der Lehrer in ganz Italien wurde proklamiert, weil die über

ein Jahr mit dem Unterrichts- und Finanzministerium geführten Verhandlungen ergebnislos verliefen.

- Den streikenden Telefonarbeitern in Amerika wurden vom Gouverneur des Staates New Jersey Geldstrafen angedroht, wenn sie die Arbeit nicht aufnehmen.
- Gegen eine föderalistische Aufteilung Deutschlands wandte sich in der französischen Nationalversammlung der kommunistische Sprecher.
- Antikommunismus und Antisowjetismus können nur einen neuen Krieg bringen, erklärte der ehemalige amerikanische Handelsminister Edgar Wallace.
- Die Kommunistische Partei in Amerika verboten. Der Gouverneur des Staates New York unterzeichnete ein Gesetz, das die Kommunistische Partei innerhalb des Staates New York in völlig undemokratischer Weise verbietet. Zunächst verlangen die Behörden eine vollständige Liste der kommunistischen Parteimitglieder.

### Deutschland Rundschau

- Nur 850 Kalorien statt 1550 wurden nach einer Bekanntgabe des württembergisch-badischen Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft während der letzten 8 Tage an ein Drittel der Bevölkerung ausgegeben.
- Die Lebensmittelrationen in der sowjetischen Besatzungszone bleiben bestehen in der gleichen Höhe, wie sie im ersten Vierteljahr des Jahres 1947 Gültigkeit hatten. Zur Verbesserung der Kinderernährung erhielt die Lebensmittelindustrie Anweisung, Kindernährmittel mit 15 Prozent Zuckergehalt herzustellen.
- Mindestens 400 000 Zentner Fische sind dem deutschen Volke verlorengegangen, weil kapitalistische Schiffahrtskreise und reaktionäre Behördenvertreter den Baubeginn der neuen von der Arbeiterschaft geforderten Fischdampfer dauernd sabotieren.

- Die Verschmelzung mit der SED hat der Parteitag der K.P. Bayerns beschlossen.
- An der Konferenz der sozialdemokratischen Partei des Saargebiets nahm eine Delegation der Kommunistischen Partei teil. Beide Parteien fordern Ueberführung der Schlüsselindustrie des Saargebiets in die Hände des Volkes.
- Ein sozialdemokratischer Mißtrauensantrag gegen den sozialdemokratischen Oberbürgermeister von Berlin, Dr. Ostrowski, wurde mit 85 gegen 20 Stimmen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung angenommen. Dr. Ostrowski trat für eine Zusammenarbeit der SPD und SED ein und versuchte ein normales Verhältnis zu allen vier Besatzungsmächten zu erreichen.
- Die Namen von 1 1/2 Millionen gefallener deutscher Soldaten wurden in Meiningen aufgefunden. Um die großen Verluste während des Krieges zu verschleiern, wurden gegenüber den Angehörigen von den Nazis diese Gefallenen-Meldungen unterschlagen.

# Die Saboteure der Ernährung im Westen

## Gedenktage DER WOCHE



Mit großer Aufmerksamkeit studiert die deutsche Öffentlichkeit in diesen Tagen jede Erklärung von verantwortlichen Parteiführern u. Behörden über die Ursachen der Ernährungs-katastrophe im Westen. So ist auch jene Äußerung eines höheren Offiziers der britischen Militärregierung besonders beachtet worden, der von dem Vorhanden-

der Öffentlichkeit bekannt, da beide Teile, Behörden und Nazis, an einer Geheimhaltung des Tatbestandes interessiert sind. Wir haben uns der Mühe unterzogen, im nachfolgenden eine Liste krasser Fälle zusammenzu-

### In Industrie und Wirtschaft:

Direktor Heinrich Dinkelbach, Pg., Finanzdirektor, Vorstands- und Aufsichtsratsmitglied in fünf Kriegsbetrieben; heute: Treuhänder folgender Industrie-vereinigungen: Vereinigte Stahlwerke AG; Otto-Wolf-Konzern; Gutehoffnungshütte; Hoesch-Konzern; Mannesmann-Konzern; Reichswerke Hermann Göring; Klöckner-Konzern.

Generaldirektor Bücher, Pg., Mitglied des Rüstungsrates; heute: Leiter der AEG in der britischen Zone.

Direktor Gerhard Bruns, Pg., Inhaber des Kriegsverdienstkreuzes I. Kl., Direktor des dem Kriegsverbrecher Flick unterstehenden Konzerns, Vorsitzender des Rüstungsausschusses IV, Vorsitzender des Sonderausschusses MXV, Mitarbeiter des Gaues Sachsen im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion; heute: Mitglied des Aufsichtsrates der Hüttenwerke Haspe AG.

Generaldirektor Pollmann, Pg., Finanzier der SS, SA, NSDAP; heute: Generaldirektor der „Volksfürsorge“ in der britischen Zone.

Ernst Poensgen, Pg., Wehrwirtschaftsführer;

heute: Präsident der Vereinigung der Metallindustrie in der britischen Zone. Direktor August Wolf, Pg. seit 1933, Direktor der Thyssen-Stahlbau AG; heute: Direktor der Thyssen-Stahlbau AG.

Direktor Eichenlaub, Pg., Reichswirtschaftsführer; heute: Direktor der Salamander Schuhfabrik, Dürkheim.

Fabrikbesitzer Josef Witt, Weiden, Pg., Mitglied des NSKK, Reichskolonialbund, förderndes Mitglied der SS; heute: Besitzer von zehn Textilfabriken, Fabrikbesitzer Wilhelm v. Opel, Pg., Aktivist;

heute: Besitzer der Opel-Werke. Generaldirektor Schlicker, Pg., Mitglied des Rüstungsministeriums.

heute: in führender Stellung im Lande Nordrhein-Westfalen.

Gebrüder Blohm, Pgs., Fabrikbesitzer und enge Mitarbeiter Hitlers; heute: Betriebsleiter der Firma Blohm & Voß.

Direktor Dr. Fritz Hinz, Pg., Wehrwirtschaftsführer, seit 1938; heute: Direktor der Henschel-Werke.

heute: Kommandeur der Wasserschutzpolizei.

Direktor Schick, Düsseldorf, Pg.; heute: Direktor des Hauptwirtschaftsamtes der Stadt Düsseldorf.

Direktor Dr. Seeger, Stuttgart, Pg., Generalbevollmächtigter für Baustoffe; heute: Leiter der Baustoffabteilung beim Landeswirtschaftsamte Stuttgart.

Generaldirektor Dr. Busch, Pg., Ministerialdirigent im Reichsverkehrsministerium; heute: Eisenbahndirektor der britischen Besatzungszone.

Reichsbahndirektor Dr. Kittel, Pg., Ministerialdirigent im Reichsverkehrsministerium; heute: Stellvertretender Präsident des Verkehrsrates der Bizone.

Dr. Handt, Pg., Präsident der Reichsbahndirektion Köln, Ministerialdirigent im Reichsverkehrsministerium; heute: Präsident der Reichsbahndirektion Köln.

Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sie soll nur einen Eindruck vermitteln von der Größe der Aufgabe, die uns noch bei der Durchführung der Entnazifizierung im Westen Deutschlands bevorsteht, und ohne die es keine Ueberwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der weitverzweigten Sabotage gibt.

### In Verwaltung und Behörden:

Landrat Müller, Pg., Bevollmächtigter der Rüstungsindustrie Wehrkreis IX, Bevollmächtigter beim Reichsverteidigungskommissar, OT-Einsatzleiter; heute: Leiter der Straßenbauverwaltung Niedersachsen.

von Schlange-Schöningen, Offizier der Organisation Escherich (Schwarze Reichswehr); heute: Ernährungsbeauftragter der britisch-amerikanischen Zone.

Dr. Meyer, Pg., Nazi-Oberbürgermeister von Ludwigsburg; heute: leitender Beamter des Stuttgarter Landrates.

Dr. Albrecht, Pg., SA-Mitglied seit 1925, Hauptgeschäftsführer des NS Wirtschaftsministeriums; heute: Leiter der Wirtschaftsgruppe Feinmechanik und Optik im Bayerischen Landeswirtschaftsamte.

Landesleiter Franz Wagentast, Pg., Freikorps Oberland, Teilnehmer am Hitlerputsch; heute: verantwortlicher Leiter der Landesstelle Holz im Bayerischen Wirtschaftsministerium.

Regierungsamtmann Hans Löhner, Pg., Mitglied des Freikorps Epp; heute: Leiter der Geschäftsstelle Wirtschaftsgruppe Feinmechanik und Optik im bayerischen Landeswirtschaftsministerium.

Polizeichef Jakobs, Pg., Polizeichef von Hamburg;

## Land Sachsen - Land des Fortschritts

Am 28. Februar 1947 hat der Landtag des Landes Sachsen in aller Stille einen für die junge Generation Deutschlands historischen Beschluß gefaßt. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte wurde das Wahlrecht auf 18 Jahre und das Recht, gewählt zu werden, auf 21 Jahre festgesetzt.

Damit hat Sachsen die Jugend ohne Amnestie in den Besitz der vollen Staatsbürgerrechte gebracht.

Während man hier bei uns über Jugendamnestie redet und schreibt, wurde dort der Jugend das volle Vertrauen ausgesprochen.

Wann wird endlich auch bei uns im Westen von den Worten zu den Taten übergegangen und der Jugend Gelegenheit gegeben, sich am Aufbau und der Gestaltung der Demokratie im neuen Deutschland zu beteiligen.

Wir Kommunisten vertreten die Auffassung, daß es keine wahre Demokratie gibt, wenn man einen großen Teil des Volkes, die Jugend, vom demokratischen Aufbau ausschaltet; ausgerechnet den Teil des Volkes, der in dem Deutschland, das man heute gestaltet, einmal leben muß.

Das ist wenig demokratisch und stellt eine Ungerechtigkeit gegenüber der jungen Generation dar, gegen die die Jugend ankämpfen muß.

Uns scheint es oft, daß man die positive Mitarbeit der Jugend bei der

Gestaltung unseres Vaterlandes von gewisser Seite fürchtet. Die Jugend war, richtig geleitet, schon immer für den Fortschritt und wird es auch in Zukunft sein. Deshalb treten wir Kommunisten auch immer für das Mitbestimmungsrecht der Jugend ein, denn das bietet uns die Gewähr für eine vorwärtsdrängende, fortschrittliche Politik.

Nicht umsonst ist die KPD die Partei der jungen Menschen. Die Jugend sieht, daß wir eine Politik betreiben, die den Idealen der Jugend entspricht, eine Politik, die eine freiheitliche Zukunft gewährleistet.

### Rente — jetzt bei 30 Prozent

Zum Gesetz über Leistungen an Körperbeschädigte hatte bekanntlich Arbeitsminister Kohl einen Antrag gestellt, der das Staatsministerium ersucht, die Militärregierung zu bitten, die Rentengewährung bereits bei einer 30prozentigen Erwerbsminderung zuzulassen.

Diesem Antrag, der in der Landtags-sitzung vom 15. Januar 1947 einstimmig angenommen wurde, hat nunmehr die Militärregierung stattgegeben. Die Auszahlung der Leistungen an Körperbeschädigte wird demgemäß nunmehr bei 30 statt bei 40 Prozent Erwerbsminderung beginnen.

- 17. 4. 1944 Dr. Metzger, katholischer Geistlicher, hingerichtet.
- 18. 4. 1913 Krupps Rüstungsschiebungen durch Karl Liebknecht im Reichstag enthüllt.
- 19. 4. 1946 40. Parteitag der SPD in Berlin beschließt Vereinigung mit der KPD.
- 15. Parteitag der KPD in Berlin beschließt Vereinigung mit der SPD.
- 1882 Charles Darwin, Naturforscher, in Down gestorben.
- 1846 Ignaz Auer, soz. Arbeiterführer, geboren.
- 1824 Lord Byron, englischer Dichter, gestorben.
- 21. 4. 1946 Vereinigungsparteitag SPD — KPD in Berlin; Gründung der SED.
- 1910 Mark Twain, amerikanischer Humorist, gestorben.
- 1488 Ulrich von Hutten, Humanist, geboren.
- 22. 4. 1946 Gründung der SED.
- 1945 Käthe Kollwitz, Malerin, gestorben.
- 1870 Lenin in Simbirsk geboren.
- 1724 Immanuel Kant, Philosoph, geboren.
- 23. 4. 1945 Dr. Johann Maier, Pfarrer des Regensburger Münsters, von Nazis öffentlich gehängt.
- 1934 Franziska Kessel, Mainz, kommunistische Abgeordnete, im Gefängnis ermordet.
- 1858 Max Planck, Physiker, geb.
- 1616 William Shakespeare gest.
- Cervantes, Dichter des Don Quichote, gestorben.

## Wirtschaftskonferenz der KPD in Kassel

Am 18. und 19. März 1947 tagte in Kassel eine von der Arbeitsgemeinschaft SED — KPD einberufene interzonale Wirtschaftskonferenz. Walter Ulbricht und Hellmut Lehmann vertraten den Zentralvorstand der SED.

Walter Ulbricht umriß in seinem richtunggebenden Referat die Aufgaben der Partei im Kampfe gegen den Monopolkapitalismus.

Die Betriebsräte müssen von sich aus das Anklagematerial gegen die Konzernherren, Kriegsverbrecher und gegen die Großunternehmer, die Nazis waren, sammeln und eine Volksbewegung gegen die Hauptschuldigen für unsere Katastrophe entfalten.

Die Konferenz begrüßte einmütig die Forderung auf Herstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit durch Bildung einer deutschen Regierung und Schaffung eines zentralen Amtes für Wirtschaftsfragen.

Notwendig ist, daß die Alliierten dem deutschen Volke selbst die Leitung der Wirtschaft wieder übergeben und ihm ermöglichen, mit Hilfe eines Import- und Exportplanes den Außenhandel selbst durchzuführen. Deutschland kann nur leben und die Versorgung des Volkes kann nur sichergestellt werden, wenn der Beschluß des Kontrollrates über die Produktionshöhen korrigiert wird, und Deutschland die Möglichkeit bekommt, die Produktion für den friedlichen Bedarf um das 2 bis 3fache gegenüber dem alten Plan zu erhöhen.

Die Konferenz forderte Planung auch in der Landwirtschaft. Jede landwirtschaftliche Nutzfläche muß auch wirklich ausgenutzt, es muß in großem Maße zu gartenbaumäßigen Methoden in der Landwirtschaft übergegangen werden. Die alte Zwangswirtschaft darf nicht weitergeführt werden. Man muß sich darauf beschränken, ein Ablieferungssoll festzulegen und dem Bauern, der seinen Boden gut bestellt, seinen Teil der Ernte zur freien Verfügung lassen.

Die Säuberung der Wirtschaftsämter, der Industrie- und Handelskammern und der Betriebsleitungen ist Voraussetzung jeden Neaufbaus. Das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben muß sichergestellt werden.

Das deutsche Volk erwartet, daß ihm in Moskau das Recht der Selbstregierung und Selbstverantwortung zurückgegeben wird.

### Untergrundbewegung zur Sabotage der Ernährung

zu berichten wußte. Damit werden unsere kürzlich getroffenen Feststellungen von höchst offizieller Seite bestätigt. Die Existenz dieser Sabotageorganisation, die den Hungernden den letzten Bissen Brot beschneidet, das letzte Gramm Fett zurückhält und gleichzeitig eine zügellose chauvinistische Agitation entfesselt, kann nicht überraschen. Es ist auch nicht unbekannt, wo die Verantwortlichen für die Ernährungsabotage zu finden sind. Wir erinnern dabei nur an die aufsehenerregende Mitteilung, daß von 169 Beamten des Zentralamtes für Ernährung 163 der NSDAP angehörten.

### Unter den unzähligen Naziaktivisten in den Verwaltungen und Behörden

der Westzonen befinden sich nicht wenige, die vor zwei Jahren in den Provinzen und Ländern Ost- und Mitteldeutschlands ihre Zelte abbrachen, um aus einer Luft, die ihnen offensichtlich zu rau wurde, in das politisch mildere Klima des Westens überzusiedeln. Sie verspüren auch keine Neigung, wieder in ihre ehemalige Heimat zurückzukehren. Sie fühlen sich in Wirtschaft und Verwaltung des Westens wohl, da sie für ihre

### Unfähigkeit und Sabotage

bisher von niemandem zur Verantwortung gezogen wurden. Gleichzeitig wirft der Auszug dieser Schwerbelasteten ein bezeichnendes Licht auf die Durchführung der Entnazifizierung in den einzelnen Besatzungszonen.

Nach einem Bericht des Alliierten Kontrollrates, der auf der Moskauer Konferenz zur Sprache kam, sind im Verwaltungs- und Gerichtswesen der amerikanischen Zone 35 Prozent des Personals namhafte Nazis, in der britischen Zone sollen es sogar 43 Prozent sein. Die wenigsten Fälle werden

### Hilfe für Schulkinder

Die in Ziegelhausen auf Antrag der Kommunisten gebildete Schulkommision trat nunmehr zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Der Vertreter der Kommunistischen Partei stellte folgende Vorschläge und Anträge zur Debatte.

1. Aerzliche und zahnärztliche Untersuchungen aller Kinder.
2. Erhebungen durchzuführen über mangelhafte Bekleidung und Wohnung der Kinder.
3. Einführung der Schulspeisung und Verschickung erholungsbedürftiger Kinder.
4. Wiederinstandsetzung des Schulbades für Schulkinder und für die übrige Bevölkerung.

Aus dem Bericht des Schulleiters ging hervor, daß in Ziegelhausen auf eine Klasse 86 Kinder entfallen, ein Zustand, der unbedingt verbessert werden muß. Die Kommunisten sind der Ueberzeugung, daß die Schulkommision, in der alle Parteien, die Konfessionen, der Bürgermeister und der Schulleiter vertreten sind, eine ersprießliche Arbeit im Interesse des Schulwesens leisten kann.

## Durch Volksentscheid zur Einheit Deutschlands

# Unter der Lupe

## Eine kleine Anfrage

Von den aus der Ostzone außerhalb der üblichen Transporte nach der Westzone eingewanderten Elementen ist man allerhand gewöhnt. So sitzt z. B. in der Gemeinde Eschelbach ein Herr Heinrich von Gerstenberg im schönsten Mannesalter von 46 Jahren, der nach unseren Informationen in Bad Salza in Thüringen ein pompöses Schloß bewohnt haben soll. Der Mann ist durch Vermittlung des früheren Heidelberger Bürgermeisters Walz dem Bürgermeister von Eschelbach überwiesen worden und erhielt bezeichnenderweise als sogenannter Flüchtling aus der Ostzone die Zuzugsgenehmigung. Das Interesse, seinen Aufenthaltsort nicht allzu bekannt werden zu lassen, dokumentiert er damit, daß er versucht, die aus der Ostzone von seiner dortigen Sippschaft kommende Post nicht unter seinem Namen nach Eschelbach kommen zu lassen, sondern sich dafür den Lehrer Bender ausgesucht hat, an den die Post gerichtet wird, die für Herrn von Gerstenberg bestimmt ist. Die Tätigkeit dieses früheren SS-Mitgliedes und außerordentlich kräftig gebauten Mannes, der der Gemeinde Eschelbach schon rein wohnungsmäßig mit seiner Familie zur Last fällt, besteht im täglichen Spazierengehen, ohne die Verrichtung einer produktiven Arbeit. Er überläßt die Arbeit nach echter Junkerart den andern. Es entsteht hier die Frage, warum das Arbeitsamt Sinsheim Herrn von Gerstenberg noch nicht irgendwo zur Verrichtung einer nützlichen und notwendigen Arbeit eingesetzt hat und ebenso interessiert sich die Öffentlichkeit für die Frage, unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen diesem blaublütigen Junker die Zuzugsgenehmigung erteilt worden ist. Der in Eschelbach bestimmt beschränkt zur Verfügung stehende Wohnraum sollte für die Neubürger nutzbar gemacht werden und nicht für Faulenzer, die auf Grund ihrer Vergangenheit und ihrer Zugehörigkeit zur SS die Ostzone verlassen mußten. Wir richten hiermit also die offene Frage

1. an den Bürgermeister der Gemeinde Eschelbach, ob er über diese Dinge unterrichtet ist.
2. wer Gerstenberg die Zuzugsgenehmigung für sich und seine Familie gegeben hat,
3. warum ein Lehrer im demokratischen Staate sich aus Tarnungsgründen für den Postempfang dieses Junkers hergibt und
4. warum das Arbeitsamt Sinsheim diesen Herrn noch nicht einer nützlichen Arbeit zugeführt hat.

## Berichtigung

Unser Bericht in der letzten Nummer über die bei der Firma Gumpel, Feudenheim, beschlagnahmten Haushaltsartikel enthält eine Unrichtigkeit. Wir ergreifen gerne die Gelegenheit, um uns zu berichtigen.

Bei der Firma Gumpel wurden nicht 10 Lastautos Haushaltsartikel abgehoben, wie wir in unserer letzten Nummer festgestellt haben, sondern 23 Lastautos.

Mannheim, den 15. April 1947.

We/Fl.

## Mannheim

Wie wir erfahren, wurden von der Polizei bei dem Inhaber des Eilbotenendienstes

Karl Schmidt, Lenastraße 18 erhebliche Lebensmittelmengen beschlagnahmt, die Schmidt anlässlich einer Ostervergnügungsfahrt mitbrachte. Auch sonst soll Schmidt ein einträgliches Schiebergeschäft unterhalten, insbesondere für Weinfahrten in die Pfalz, wobei ihm sein Wagen mit eingebautem Doppelboden sehr gute Dienste leistet. Vielleicht kann der interessierten Öffentlichkeit das Polizeipräsidium darüber Auskunft geben, ob es stimmt, daß auch das Wäschegeschäft Gogel sowie Beamte der Fahrbereitschaft in diese Angelegenheit verwickelt sind und aus welchem Grunde dieser Schieber Schmidt die Schwerarbeiterkarte erhält. Diese Methode scheint ganz dem Ausspruch des Schmidt zu entsprechen, der seinen

# Bodenreform in ganz Deutschland

Von Heinz Heinks

Die Forderung nach der demokratischen Bodenreform in ganz Deutschland ist eine Frage der demokratischen Revolution, die aber die Revolution des Jahres 1848 und auch die des Jahres 1918 nicht gelöst hat. Es ist daher zu begrüßen, daß Molotow auf der Moskauer Konferenz abermals die Durchführung der Bodenreform auch in den Westzonen vorschlug. In der sowjetisch besetzten Zone wurde die Bodenreform durchgeführt. Während hier im Verlauf von 3 Monaten 2743 000 ha Junkerboden entschädigungslos enteignet wurden, ist

## im Westen bisher nichts geschehen.

Dort wird der schwerwiegende politische Fehler von 1918 nochmals wiederholt. Das Reichsiedlungsgesetz vom 11. August 1919 ist der politische Ausgangspunkt der im Westen bestehenden Bodenreformersatz-Gesetze. Ihr politischer Geist und ihre praktische Durchführung — für die zwar über 40 Ausführungsparagrafen geschrieben wurden — kann daher am Ende kein anderes Resultat erbringen, wie die „Bodenreform“ von 1919—1933.

## Diese sah so aus:

2,7 Millionen ha Land sollten auf Grund des Reichsiedlungsgesetzes durch die Landlieferungsverbände beschafft werden. Es wurden von 1919 bis 1932 771 502 ha an Neusiedler und 142 000 ha für Vergrößerungen bestehender Bauernstellen zur Verfügung gestellt. Tatsächlich wurden nur gut 900 000 ha von den 2,7 Millionen beabsichtigten in 12 Jahren (!) besiedelt. Davon gab — unter Hitler — der Großgrundbesitz nur 87 Güter mit 29 114 ha gegen hohe Entschädigung ab.

Dieses vom Großgrundbesitz stammende Land erhielten 1094 Siedler, mit durchschnittlich 23 ha als Vollbauernstellen, die bis 30 000 RM kosteten. Unter Hitler (1933—1939) wurden 21 206 Siedlerstellen geschaffen. Und zwar 1933 4 914 Stellen, 1939 aber nur noch 796 Stellen.

Diese letzte Zahl zeigt das Absterben jener zaghaften „Bodenreform“, die heute abermals wieder zum Muster genommen wird. Nehmen wir z. B. das „Gesetz Nr. 65 zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform“ des Landes

## Württemberg-Baden

vom 30. Oktober 1946 — es gleicht den anderen — dann finden wir in den 14 Paragraphen einen geradezu höllischen Respekt jener „Bodenreform“-Gesetzgeber vor dem Großgrundbesitz. Abgesehen davon, daß man zuerst die „Ländereien der früheren Wehrmacht“, „Landwirtschaftliche Betriebe, deren Eigentümer sich während des größeren Teils des Jahres auf ihren Betrieben nicht aufhalten“, „landwirtschaftliche Betriebe, die anhaltend und in erheblichem Maße schlecht bewirtschaftet werden“, „landwirtschaftliche Betriebe, deren Inhaber ihrer Ablieferungspflicht anhaltend und in erheblichem Maße schuldhaft nicht nachkamen“, und „ständig verpachtetes Grundeigentum“ zur Landabgabe heranziehen will. Dann erst — also in zweiter Linie — wird „landwirtschaftliches Grundeigentum in einer Hand mit über 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche“ im § 4 genannt.

Von allen Paragraphen ist § 4, Abs. 2 jedoch für jeden Sozialisten und ehrlichen Demokraten der empörendste. Er heißt:

Leuten erklärte: „Es muß immer ein Unterschied geben zwischen Herren und Knechten.“

## Seckenheim

Besonders geeignet für den Rangierdienst mit Lebensmittelzügen scheint der im Schwarzhandel nicht unerfahrene

## Albert Singer

zu sein. Daß er ehemals eifriger Parteigenosse und Zellenleiter im Elsaß war, scheint die Reichsbahn anscheinend wenig zu interessieren. Vielleicht genügt dieser Hinweis, um den eigenen Beamtenapparat einmal zu überprüfen.

## Philippsburg

In jeder Beziehung scheinen hier noch ganz ideale Zustände zu herr-

„Grundeigentum einer Erbgemeinschaft oder fortgesetzten Gütergemeinschaft wird als aufgeteilt und auseinandergesetzt (!) behandelt, sofern die notarielle Beurkundung der Aufteilung und Auseinandersetzung innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes erfolgt.“

macher die Junker des Westens unmacher, die Junker des Westens unverblümt dazu auffordern, innerhalb eines Jahres ihren Besitz schnellstens aufzuteilen, damit sie ihn — selbst über die fragwürdige Durchführung dieses unzulänglichen Gesetzes — absolut gesichert haben. Ueber 40 Durchführungsparagrafen tun ein übriges, um jede ernsthafte

## Durchführung der Bodenreform zu verhindern.

Zunächst sucht man sie solange hinauszuschieben, bis den Junkern nach einer „Währungsberichtigung“ wertbeständige hohe Entschädigungssummen daraus zufließen.

Wenn z. B. ein Junker mit 370 ha Besitzgröße 37 Prozent — d. s. ca. 136 ha — davon gegen Entschädigung abgeben muß, so bekommt er — wenn man die in Bayern genannte Ziffer von 1500 RM pro ha zugrunde legt — die nette Summe von ca. 200 000 RM dafür ausgehändigt. Daß dieses Geld wieder irgendwo in Boden- oder Industriewerten angelegt wird, ist klar. Ferner bleibt der Großgrundbesitzer mit den restlichen 370 ha immer noch ein Junker.

Oder wenn z. B. ein Junker mit 2000 ha Besitz — laut diesem Gesetz — 90 Prozent, d. s. 1525 ha abgeben muß, bleibt er immer noch ein Junker mit 475 ha Bodenbesitz. Für die 1525 ha erhält er jedoch eine Entschädigungssumme von 762 500 RM.

Bezeichnend ist weiter, daß der Artikel 4 besagt: „Auch Grundeigentum mit weniger als 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, von 20 000 RM Einheitswert beginnend, im Rahmen einer gleitenden Landabgabe von 1 Prozent bis 10 Prozent und mehr kann herangezogen werden.“

Das heißt also, daß praktisch die Gefahr besteht, daß

## vorwiegend Bauern zur Landabgabe gezwungen

werden, weil die Gesetzmacher sich nicht an den Junkerbesitz heranwagen. Das Gesetz sieht sogar „auch die Inanspruchnahme bäuerlichen Besitzes mit einem Einheitswert von weniger als 20 000 RM“ zur Landbeschaffung vor.

Während in der sowjetischen Zone die Bodenreform in den Händen von den Bodeninteressenten demokratisch gewählter Bodenkommissionen lag, sieht dieses Gesetz „die Enteignung von Boden an ein gemeinnütziges Siedlungsunternehmen“ vor. Dabei darf erst die Uebereignung dann vorgenommen werden, „wenn eine unverzügliche Verwendung für die Zwecke des Gesetzes gewährleistet ist“. Das heißt also, wenn der bürokratische Siedlungsapparat die „Uebereignung“ an den neuen Siedlungsbewerber möglichst lange hinausschiebt, kann nichts geschehen. Um die Schwierigkeiten der Bodenbewerber zu vermehren und eine evtl. Sehaftmachung von vornherein unmöglich zu machen, sieht § 8 auch „pachtweise Ueberlassung“ vor. Damit besteht die Wahrscheinlichkeit,

## statt freier Bauern neue Pächtermassen

im Westen zu schaffen.

schon, allerdings auch nur für eine ganz bestimmte Kategorie von Leuten, denen anscheinend Wohnungsnot, Flüchtlingselend und kaum erträgliche Ernährung unbekannt sind, wäre es doch sonst nicht möglich, daß z. B. die Ehefrau des ehemaligen SS-Angehörigen Horch mit ihren beiden Kindern noch eine komplette 3-Zimmerwohnung mit Küche inne hat und sich strikte weigert, 1 Zimmer abzutreten. Sie erklärt sogar, daß sie heute noch stolz darauf sei, daß ihr Mann bei der SS war. Wie in diesem Falle wäre es der Wohnungskommission bei einigermaßen gutem Willen bestimmt möglich, besonders bei den ehemaligen Nazi-Aktivistin, Wohnraum frei zu machen und diesen den unter den erbärmlichsten Verhältnissen hausenden Flüchtlingen zuzuweisen.

Interessant ist ferner, daß die Zahlung der Entschädigungssumme „auf Antrag des Abgabepflichtigen auch in Form einer Rente“ erfolgen kann. Das heißt also, daß ein Junker auf Antrag einen Bodenbewerber in Form einer laufenden Abgabepflicht in Naturalien oder Bargeld belasten kann, damit er

## weiter ein arbeitsloses Nichtstuerdasein

fristen kann. Sie ist in beiden Fällen untragbar, undiskutabel und als schwere, die bäuerliche Wirtschaft belastende Abgabe abzulehnen.

Bis zur Besitzübergabe verbleibt die Nutznießung des Landes dem bisherigen Eigentümer. Außerdem bestimmt § 10, daß die Siedlung auch „in der Form der Pacht mit Hauptanwartschaft“ vorgenommen werden kann. Schließlich kommen als Anwärter nach § 11 nur solche Anwärter in Frage, die „hinreichende fachliche Eignung“ besitzen, „Bodenständigkeit erwarten“ lassen und „den sonst geltenden Richtlinien“ genügen, wobei dem Siedlungsunternehmen die Auswahl der Siedler obliegt.

Während in der sowjetischen Zone mit Uebereignung des Junkerbodens sein neuer Besitzer freier Bauer wurde, wird der Siedler im Westen in den ersten drei Jahren nur Pächter. Erst wenn er sich in diesen drei Jahren bewährt hat, wird ihm das Land als Eigentum übergeben. Man hofft, in diesen drei Jahren offenbar eine Währung geschaffen zu haben, die die Grundlage für die wertbeständige Ausbeutung des Pächters bietet bzw. eine entsprechend bewertete

## Uebereignung des Bodens ohne Schaden für die Junker

rechtfertig.

Während im Westen 14 376 große Güter über 100 ha, die zusammen 6,1 Millionen Hektar

umfassen, noch vor der Enteignung stehen, sind

in der sowjetisch besetzten Zone 6497 Güter mit 2,7 Millionen ha aufgeteilt

worden, darunter 3252 Güter von Kriegsverbrechern, Naziführern und Kriegsinteressenten unter 100 ha. 6,1 Millionen ha, davon 4 771 000 ha forstwirtschaftliche Flächen und 921 000 ha landwirtschaftlich genutzte Flächen, im Westen zeigen, wie stark die Positionen der Junker sind.

Darum muß sich die entschädigungslose Enteignung auf landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzten Boden erstrecken. Große Teile davon sind junkerlicher Streubesitz. Würde eine Bodenreform wie in der sowjetischen Zone auch im Westen durchgeführt werden, wäre das ein entscheidender Schritt zur Demokratisierung des westlichen Dorfes. Die

## Pachtbauern würden Eigentümer, bessere Bewirtschafter des Bodens, Träger der neuen Demokratie

und der politische Druck der reaktionären Junker wäre ihnen und allen anderen im Dorfe genommen.

Die demokratische Bodenreform im Westen wird durchgesetzt, wenn sich die beiden Arbeiterparteien, alle wirklichen Demokraten und die Gewerkschaften dafür einsetzen und die demokratischen Bauernmassen um die Bodenreform auch wirklich kämpfen.

Vielleicht kann uns die zuständige Behörde auch Auskunft geben, wieso es möglich ist, daß man im Schuhgeschäft August Kilian Schuhe gegen Butter, Bohnenkaffee, Mehl, Zucker und sogar gegen Bezugscheine kaufen kann, und aus welchem Grunde gerade der Zahnarzt Gustav Futterer in der Söternstraße Zähne plombiert und zieht, jedoch nur für Getreide und Mehl.

Wirklich paradiesische Zustände.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S. 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim, S. 3, 10, Tel. Nr. 43260. Auflage: 60 000. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1, 4-6. Authorized by Military Government for Württemberg and Baden Stuttgart, Fr. 10. 4. 46.

© Gestant Parters Ambote  
© I will soe hor unie sche stial  
© N auf ein Regl Bot: Pfu Gens Ziga  
© I erte ieren zu el  
© e die